Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 80 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung für Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 80 Pf.

Nr. 163 | Dresden, Sonnabend den 17. Juli 1920 | 31. Jahrg.

Spa und die nationale Politik

Die Unterzeichnung — Vertagung und Fortsetzung in Gent — Die Lehre für kommende Wahlen

Die „Schieberregierung" ist beseitigt. Keine „Reisende in Spülklosetts" drücken mehr die Ministersessel, keine „internationalitätsduseligen Roten" verraten als Minister mehr das deutsche Volk. Die „deutscheste aller Deutschen", die „Deutsche Volkspartei", die „Partei der nationalen Würde" ist als Triumphator in die Reichsregierung eingezogen.

Und alle die naiven Männlein und Weiblein, die so recht inbrünstig den würdigen deutschen Männern von der Volkspartei zuhörten, wenn sie aus entrüstungsbebender deutscher Männerbrust den Verrat der „roten Schieber" am deutschen Volke geißelten — alle die braven Männlein und Weiblein haben aufgeatmet und die Hände gefaltet. Nun sitzt die Deutsche Volkspartei in der Regierung. Nun wird alles gut. Halleluja!

Und nun: man höre und staune! Ohne ein Wort zu sagen, ohne in flammenden Protesten den Diktatoren der Entente die Feder vor die Füße zu werfen, unterschreibt die neue „Regierung des Wiederaufbaus" die Entwaffnungsverpflichtungen.

Man faßt sich an den Kopf: Haben die Deutschvolksparteiler nicht hundert-, nein tausendmal erklärt, der „Bolschewismus" reiße den braven Bürgern die Zipfelmützen von den Köpfen, wenn wir nicht mindestens 200 000 Mann Reichswehr und vor allem die todesverachtenden (siehe Marburg) Zeitfreiwilligen haben?

Haben die Deutschvolksparteiler nicht hundert-, nein tausendmal der „Schieberregierung" vorgeworfen, daß sie das herrliche Heer entwaffnet habe, daß sie dem Ideal der deutschen Jugend, dem preußischen Leutnant, die Achselstücke genommen habe?

Und haben nicht die Deutschvolksparteiler die sozialdemokratischen Minister der Verachtung des Volkes preisgegeben, sie in den tiefsten Pfuhl der Hölle verdammt, weil sie das Diktat von Versailles, den „Vergewaltigungsvertrag" unterschrieben haben?

Und nun?

Dieselben Herren, die Krokodilstränen über die Verderbtheit der sozialdemokratischen Minister weinten, dieselben Leute, die es als das größte Verbrechen am deutschen Volke brandmarkten, das Diktat der Entente unterschrieben zu haben — sie unterschreiben auch. Einstimmig hat die neue Reichsregierung die Bedingungen der Entente angenommen. Diese Bedingungen, die das deutsche Militär, „Deutschlands Stolz", wie die Redner der Deutschen Volkspartei sich so poetisch ausdrücken konnten, auf weniger als die Hälfte verringern, die Auflösung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizeien vorschreiben! Wo bleibt da die „nationale Würde", wo bleiben alle die hohen und herrlichen Worte, mit denen man den deutschen gutgläubigen Spießbürger einfing? Alle die schönen Worte von „nationaler Würde", „Zähne zeigen", „Ehre Deutschlands", sie sind vor der brutalen Wirklichkeit wie eitel Dunst verflogen. Und als Herr Fehrenbach in Spa eine schöne, poetische Rede hielt, die gefühlvolle teutsche Männer und edle Frauen bis zu Tränen gerührt hätte, da — wurde das der größte Reinfall in Spa.

Die Lehren von Spa wollen wir nicht vergessen. Es muß festgenagelt werden: die Herren von der Deutschen Volkspartei, die reinblütig bürgerliche Reichsregierung hat in Spa keinen Deut anders gehandelt, als wir Sozialdemokraten getan hätten. Sie haben richtig gehandelt, notwendig richtig gehandelt, gewiß, aber sie haben auch nur richtig gehandelt, weil sie ihr ganzes Parteiprogramm draußen gelassen hatten. Spa ist eine Ironie auf das Phrasenheldentum der Deutschen Volkspartei, Spa ist der beste Beweis für die Richtigkeit der verflossenen sozialdemokratischen Auslandpolitik, Spa ist der Zusammenbruch des Lügenbaus der Wahlkampftaktik der Deutschen Volkspartei. Auch die neue, reinbürgerliche Reichsregierung ist gezwungen, sich der Gewaltfaust der Sieger zu beugen. Spa ist eine Bestätigung der Richtigkeit unsrer Politik, fast eine Genugtuung, wenn die Bedingungen, die uns dort auferlegt wurden, nicht allzu traurig wären.

Festnageln aber und immer wieder der Welt, dem deutschen Wähler in die Ohren gellen müssen wir das eine:

Die Männer der Deutschen Volkspartei haben alle ihre schönen Phrasen in Spa in die tiefste Rocktasche versenkt, sie haben alles getan, was sie im Wahlkampf der „Schieberregierung" vorgeworfen, und nichts von dem erfüllen können, was sie ihren Wählern versprochen.

Aber sie werden ihre so gefühlvollen Phrasen wieder aus den Rocktaschen herausholen. Zum Entzücken teutscher Bürger — nämlich im nächsten Wahlkampf.

Neueste Telegramme

Heimkehr der deutschen Delegation

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 17. Juli. Die deutsche Delegation wird morgen in Berlin eintreffen. In den ersten Tagen der nächsten Woche wird eine Sitzung des Hauptausschusses stattfinden, in der der Reichskanzler und der Minister des Aeußern Dr. Simons über die einzelnen Fragen der Verhandlungen in Spa ausführlich Bericht erstatten werden.

Russische Offensive gegen Rumänien?

Eigene Drahtmeldung

Wien, 17. Juli. Das ukrainische Pressebureau meldet, daß zwischen Rostow, dem Dnjestr und der rumänischen Grenze ein bolschewistischer Generalangriff in vollem Gange sei. Die Moskauer Funksprüche berichten über eine große Offensive gegen Rumänien.

Trotzki gegen den polnischen Frieden

(Eigene Drahtmeldung)

London, 17. Juli. Nachrichten aus Moskau besagen, daß dort große Versammlungen stattfinden, in denen die Möglichkeit eines Friedens mit Polen verhandelt wurde. Tschitscherin erklärte sich dafür, sofort Verhandlungen anzuknüpfen. Trotzki erhob jedoch Einspruch und meinte, der Friede solle nicht eher geschlossen werden, als bis die rote Armee siegreich in Warschau eingerückt sei.

Vorrücken der Bolschewisten

Kopenhagen, 17. Juli. Der polnische Heeresbericht meldet: Im nördlichen Abschnitt haben die Bolschewisten Smorgon und Oschmjany besetzt. Der Kampf dauert an. Die heftigen Angriffe auf Luck werden fortgesetzt. In der Gegend von Dubno greift der Feind unaufhörlich an.

Wie Berlingske Tidende aus Kowno meldet, verpflichteten die Bolschewisten in dem zwischen Litauen und Sowjet-Rußland abgeschlossenen Friedensvertrage, den Litauern eine Entschädigung von zusammen drei Millionen Rubel in Gold zu bezahlen. Zwei Mitglieder der litauischen Friedensdelegation verbleiben vorläufig in Moskau, um die Heimsendung der litauischen Flüchtlinge zu regeln.

Vertagung der Brüsseler Finanzkonferenz

Spa, 17. Juli. Wie der Sonderberichterstatter der Agentur Havas berichtet, hat die Konferenz an den Generalsekretär des Völkerbundes in London folgendes Telegramm gerichtet: In Anbetracht der in London im Februar getroffenen Entscheidung, durch die der Völkerbundsrat die internationale Finanzkonferenz nach Brüssel einberufen hat, und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die genannte Konferenz nicht die notwendigen Voraussetzungen besitzt, um zu dem Ergebnisse zu gelangen, zu dem sie einberufen worden ist, bittet die Konferenz von Spa den Völkerbund, die Einberufung zur genannten Konferenz auf ein Datum nach dem 15. September zu vertagen.

Englands russische Politik

Amsterdam 17. Juli. In seiner Londoner Rede über den Völkerbund übte Viscount Grey scharfe Kritik an der russischen Politik der Alliierten und sagte u. a.: Die Alliierten verhandeln jetzt mit der tatsächlich bestehenden bolschewistischen Regierung, die sie vor einigen Monaten zugestandenermaßen vernichten wollten. In einem Lande wie Rußland hätte nach dem Ausbruch der Revolution sofort eine Politik der Nichteinmischung erklärt werden sollen. Unsre Politik hat letzten Endes in Rußland die nationalfühlenden Elemente mit den Bolschewisten zusammengeführt. Das hätte vermieden werden können, wenn zu einer geeigneten Zeit, nämlich vor Beginn der letzten polnischen Offensive der Völkerbund herangezogen worden wäre.

Ruhe in China

Rotterdam, 17. Juli. Einer Reutermeldung aus Peking zufolge hat der Präsident in einem Erlaß Befehl gegeben, daß die Feindseligkeiten beendet und die Truppen in ihre Garnisonen zurückgeführt werden sollen.

Unterschrift mit Vorbehalt

Spa, 16. Juli. (Amtlich.) In der heutigen Vollsitzung der Konferenz hat die deutsche Abordnung die Forderungen des Verbandes in der Kohlenfrage angenommen und unterzeichnet, nachdem in der oberschlesischen Kohlenverteilungsfrage eine Berücksichtigung der deutschen Forderungen in Aussicht gestellt war, und unter Ablehnung des § 7 des Vertrages, der die Einmarschklausel enthält. Die Beratung der Wiedergutmachungsfrage wurde auf eine neue Konferenz, die in den nächsten Wochen in Gent stattfinden soll, vertagt.

•

Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union macht über das Ergebnis der entscheidenden Sitzung in Spa noch folgende ausführlichere Mitteilungen:

„Wir haben das Ruhrgebiet vor der fremden Invasion gerettet, aber um einen sehr teuren Preis." Das waren die Worte, mit denen der Minister des Aeußern Simons gegen 9 Uhr abends von der Konferenzsitzung zu der deutschen Delegation zurückkehrte. Das Kabinett hatte beschlossen, den Artikel 7 der gegnerischen Vorschläge über den Einmarsch ins Ruhrgebiet unbedingt und unter allen Umständen abzulehnen. In diesem Sinne ist denn auch das Ergebnis der Sitzung ausgefallen. Hinsichtlich der Preisfrage konnte sich die deutsche Auffassung nicht durchsetzen. Dagegen errang sie bezüglich der Besetzungsfrage einen vollen Erfolg. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand waren überaus langwierig, da die Gegenpartei kein Mittel unversucht ließ, um die Deutschen zur Unterschrift unter den Artikel 7 zu bewegen. Nachdem die Diskussion einen sehr erregten Charakter angenommen hatte, schlug der belgische Ministerpräsident Delacroix den deutschen Delegierten vor, zu unterschreiben, wogegen die Alliierten in einem besonderen Schreiben die Tragweite dieser Unterschrift erläutern würden. Simons erwiderte in sehr scharfer Form, daß die deutsche Delegation es ablehnen müsse, eine Ohrfeige einzustecken und dann zu erklären, daß sie keine erhalten habe. Er ließ im übrigen keinen Zweifel darüber, daß die deutschen Unterhändler nun an der Grenze ihres Entgegenkommens angelangt seien. Der Erfolg war, daß die Alliierten die deutschen Vorbehalte schließlich annahmen, so daß Artikel 7 von den Deutschen also nicht unterschrieben wurde. Bezüglich der oberschlesischen Kohlenfrage wurde erreicht, daß entgegenkommende Erklärungen Lloyd Georges in das Protokoll aufgenommen worden sind. Nach Schluß der Sitzung wurde in einem anstoßenden Zimmer die Unterschrift unter das Abkommen vollzogen.

•

Punkt 7

In der militärischen Klausel sollte der deutschen Vorbehalt lediglich durch den Satz ausgedrückt werden, daß dieses Protokoll für Deutschland gelte, soweit es Deutschland angehe. Da über dem Protokoll stand, daß es sich um Entschädigungen der Alliierten handele, so konnte die deutsche Delegation das Protokoll nicht unterschreiben. Inzwischen wurden die Minister berufen, die um 1 Minute vor 8 Uhr eintrafen. Auch sie stimmten der Ansicht Simons zu. Es wurde hin und her verhandelt, bis Delacroix einen Brief anbot, der den deutschen Standpunkt bestätigen sollte. Ein in La Freineuse anwesender Herr erzählte, man habe die energische Stimme Simons bis auf den Gang gehört, in der er sich die Methode verbat, der Delegation und dem deutschen Volke Ohrfeigen zu geben, um sie nachher in einem Briefe zu widerrufen. Der Oberste Rat zog sich darauf aus dem Konferenzsaal zu einer längeren Beratung zurück und die deutsche Forderung wurde bewilligt.

•

Der Kohlenpreis

Wie der Vertreter der Nationalzeitung, dem es gelang, ausführliche Erkundigungen einzuziehen, meldet, hatte in der Preisfrage Lloyd George sich ganz entschieden für den deutschen Vorschlag eingesetzt und die Ansicht vertreten, daß dem Verlangen Deutschlands, daß für die Kohle der Weltmarktpreis zu zahlen sei, nachgegeben werden muß. Millerand erklärte sich gegen diesen Vorschlag und führte aus, daß Italien ebenfalls nicht in der Lage wäre, den vollen Weltmarktpreis zu bezahlen. Er machte den Vorschlag, einen Aufschlag von 5 Goldmark über den inländischen Preis zu zahlen, welcher Aufschlag auch von Italien gern bezahlt würde. In diesem Stadium der Verhandlungen wurden diese abgebrochen.

Als am Nachmittag in der zweiten Sitzung der Oberste Rat zusammentrat, beantragte Lloyd George eine Aenderung. Er gibt gern zu, daß Frankreich und Italien den vollen Weltmarktpreis nicht zahlen können, allein ein jeder weiß heute, daß die Bergarbeiter im Ruhrgebiet unter der trüben Unterernährung leiden. Man könne sie daher nicht zwingen, die Kohlen zu einem unangebrachten Preis hinzugeben, ohne ihre Lebensverhältnisse bessern zu können. Er schlage also vor, den Antrag des Grafen Sforza anzunehmen, mit der Aenderung, daß für den Unterschied zwischen den um fünf Goldmark erhöhten Inlandspreis und dem Weltmarktpreis für Deutschland ein Kredit zum Einkauf von Lebensmitteln eröffnet werden solle. Dieser Antrag wurde angenommen, Millerand mußte nachgeben. Die Aussprache zwischen Lloyd George, Millerand, Sforza und Simons verlief äußerst freundlich.

Der offizielle Wortlaut der Antwortnote lief in später Nachtstunde bei der deutschen Abordnung ein. Die Leistung bedeutet für Deutschland in den ersten sechs Monaten 60 Millionen Goldmark und einen Kredit, der sich auf 500 Millionen Goldfrank belaufen wird. An der internationalen Anleihe an Deutschland wird sich auch England beteiligen, obwohl es von den deutschen Kohlen nichts erhält. Die Aufteilung soll derart vorgesehen sein, daß England 22 v. H. an Kredit gewährt, während die restlichen 78 v. H. zwischen Frankreich, Italien und Belgien in demselben Verhältnis aufgeteilt werden, in dem sie an den Kohlenlieferungen Anteil nehmen. Die Lösung ist nach der Ansicht des Vertreters des Blattes nichts weiter als eine internationale Anleihe an Deutschland, die der italienische Ministerpräsident seinerzeit vorgeschlagen hatte.

•

Abfahrt von Spa

Berlin, 17. Juli. Wie die Morgenpost aus Spa meldet, werden die deutschen und die alliierten Delegationen im Verlaufe des Sonnabend von Spa abreisen. Simmes und Wiehtfeld sind bereits am Freitag vor der Unterzeichnung des Kohlenabkommens abgefahren. Der Vorwärts mißt dieser Abreise eine demonstrative Bedeutung bei und nimmt an, daß diese Herren als Vertreter des unnachgiebigen Standpunktes mit der vorzeitigen Abfahrt die Verantwortung für die Unterzeichnung ablehnen wollten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200717/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG